

Landtag will statt Gratis-ÖV die Busse wieder auf Kurs bringen

Mit deutlicher Mehrheit sprach sich der Landtag gegen Gratis-ÖV aus. Die Zweifel am Nutzen waren zu gross.

Daniela Fritz

Im Vorfeld des September-Landtags schien eine knappe Mehrheit für eine probeweise Einführung von kostenlosem öffentlichem Verkehr (ÖV) durchaus möglich. Die FBP wollte mittels Motion nach dem Fahrplanwechsel 2027 eine dreijährige Testphase durchführen und die Wirkung des Gratis-ÖV wissenschaftlich begleiten lassen. Die Bevölkerung schien laut Blitzumfragen des «Vaterlands» ebenfalls Lust auf das Experiment zu haben. Die Freie Liste wählte man auf seiner Seite. Auch in den Reihen der VU gibt es Abgeordnete, die der Idee grundsätzlich etwas abgewinnen können.

Allerdings zeigte sich im Landtag gestern schon nach kurzer Zeit, dass der Vorstoss keine Chance haben wird.

Mit der Freien Liste kam die FBP nach zweieinhalbstündiger Debatte nur auf neun Stimmen, womit die Motion nicht an die Regierung überwiesen wurde. «Gratis-ÖV klingt erst einmal sympathisch, ist aber vor allem Symbolpolitik», kritisierte Simon Schächle (DpL) das Vorhaben. Der Versuch verursache hohe Kosten, die Wirkung werde aber gering sein. Die meisten Abgeordneten waren ebenfalls skeptisch, dass der Preis für die ÖV-Nutzung ausschlaggebend ist. Stattdessen wäre es sinnvoller, das Angebot auszubauen und die Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit zu verbessern.

Das deutliche Nein war so im Vorfeld nicht unbedingt zu erwarten. Einige VU-Abgeordnete zeigten sich denn auch nicht grundsätzlich abgeneigt

von der Idee. «Es fühlt sich an, wie verliebt zu sein. Der Bauch denkt, das könnte funktionieren, vielleicht sogar ein Leben lang. Der Kopf sieht aber Warnzeichen», hatte Tanja Cissé (VU) vor allem wegen der Kosten Bedenken. «Wenn wir in drei Jahren feststellen, dass nicht mehr Menschen mit dem Bus fahren, ist ausser Spesen nichts gewesen.»

Offene Fragen und Kosten für den Versuch waren Stolpersteine

Chancen hätte allenfalls ein Postulat, welches die Parameter und offenen Fragen genauer abklärt. Denn bezüglich Kosten, Finanzierung oder der Handhabung von grenzüberschreitenden Fahrten war die Motion vielen Parlamentariern zu wenig klar. Einige

«Rote» wären für ein Postulat zu gewinnen, anderen erschien jedoch auch diese «Ehrenrunde» unnötig.

Die ablehnende Stimmung im Landtag mag zum Teil am vorangegangenen Sondertraktandum gelegen haben. Die Liemobil muss in den nächsten Monaten einiges an Ressourcen aufbringen, um das Problem mit der Busbetreiberin BOS PS sowie Qualitäts- und Sicherheitsmängel in den Griff zu bekommen. Es bestehen sogar Zweifel, ob die BOS PS ihren Auftrag, wie vertraglich festgelegt, überhaupt erfüllen kann. Viele Abgeordnete rechneten wegen der Misere mit höheren Kosten für den ÖV. «Oft kommen gute Ideen nicht zur richtigen Zeit», meinte Verkehrsminister Daniel Oehry dazu, hätten den Versuch aber gewagt. **3**